

NAFTA

Freihandelsabkommen oder Blaupause des neoliberalen Investitionsregimes

Ein Dossier von Barbara Eisenmann

Transkript

Teil 1: Allgemeines

1. Januar 1994. Die Börse in New York wie immer geschlossen. An jenem Neujahrstag trat das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, kurz NAFTA, in Kraft. Und tags darauf schloss der Dow Jones auf einem Hoch. Tausende Kilometer südlich von der Wall Street im Südosten von Mexiko erklärte am selben Neujahrstag die *Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung* dem mexikanischen Staat den Krieg. Für die Aufständischen in Chiapas ist das nordamerikanische Freihandelsabkommen »die Todesurkunde der Indigenen Mexikos«.

Kapitel 1: Freihandel

Schlägt man im Duden nach, so steht unter Freihandel: »System eines durch keinerlei Zölle, Devisenvorschriften o.Ä. eingeschränkten zwischenstaatlichen Handelsverkehrs.« 1947 wurde zu diesem Zweck das *General Agreement on Tariffs and Trade*, also das *Allgemeine Zoll und Handelsabkommen*, gegründet. Kurz GATT. In den Jahrzehnten darauf wurden weltweit Zölle und Einfuhrquoten abgebaut. Die GATT-Mitglieder, 1994 waren es bereits 120 Länder, gründeten im selben Jahr die *Welthandelsorganisation*, die *World Trade Organization*. Kurz WTO. Auch derzeit sind mindestens 110 Länder in Verhandlungen über weitere zukünftige Handelsabkommen involviert.

Freihandelsabkommen, so die Befürworter, schafften Wachstum und Wohlstand. Weil sie tarifäre Handelshemmnisse, also Zölle, abbauen und nicht tarifäre Handelshemmnisse harmonisieren; alles an Produktvorschriften und solchen für Gesundheit-, Umwelt-, Hygiene-, Sicherheit- und Arbeitsrecht, die den globalen Austausch behinderten.

Die vor allem in den ehemaligen Industriestaaten, aber auch anderswo sinkenden Wachstumsraten belegen die Theorie vom Freihandel nicht. Werner Rügemer, deutscher Publizist: »Seit den 1980er Jahren geht es unter dem Motto "Freihandel" im Wesentlichen (...) um etwas anderes - um Investitionen. Das sollte durch die WTO geregelt werden, eine Art Investoren-Weltregierung. Aber auch da gab es von Anfang an Widerstand. Staaten wie China, Indien, Brasilien ließen sich nicht mehr alles gefallen, ebenso südamerikanische Staaten wie Venezuela und Kuba. So gehen vor allem die USA mit der EU im Schlepptau neue Wege. Sie suchen sich einzelne Staaten aus, mit denen sie gesonderte Verträge schließen.«¹ Sie tun das, um die Märkte quer auf dem Globus für ausländische Investoren zu öffnen, so dass die Kapitalströme immer dort hingelangen können, wo die Verwertungsbedingungen gerade am günstigsten sind. NAFTA war in dieser Hinsicht ein Pionierabkommen. Auch weil es neben dem Warenhandel eine Reihe weiterer Dinge einschließt: Dienstleistungen (mit einigen wenigen Einschränkungen),

¹ Werner Rügemer: »So viel „Freihandel“ wie noch nie. Derzeit wird nicht nur das Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und den USA verhandelt. Ein Überblick über ein kompliziertes Geflecht«, in: ver.di Publik, Ausgabe 05.

Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen (mit einigen wenigen Einschränkungen) und geistiges Eigentum.

NAFTA heißt maximale Freizügigkeit für Großkonzerne, denen weder im grenzüberschreitenden Handel noch im Kapitalverkehr Grenzen gesetzt sind. Und NAFTA hat Maßstäbe gesetzt. Vor allem – wie sich erst heute deutlich zeigt – wegen der ihm festgeschriebenen Sonderrechte für Investoren.

Kapitel 2: NAFTA, damals

Investorenrechte waren noch nicht im Fokus der kritischen Öffentlichkeit, als im Oktober 1992 Carlos Salinas, der mexikanische Präsident, Brian Mulroney, der kanadische Premierminister, und der US-Präsident George Bush das 2000 Seiten dicke Vertragswerk des *Nordamerikanischen Freihandelsabkommens* unterzeichnet haben. Von den nationalen Parlamenten musste es da erst noch ratifiziert werden.

Es gab viel Widerstand. Geld floss in pro-NAFTA-Kampagnen. Als Arbeitsplatzbeschaffungs-Maßnahme hatte man es den US-Amerikanern verkauft. Den Mexikanern hatte man vor allem versprochen, dass das Entwicklungsland sich zum Industrieland mausern werde. Und den Kanadiern höhere Produktivität.

Der Linguist Noam Chomsky analysierte als politischer Kommentator schon damals mit großer Klarheit: »Was ist NAFTA, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen? Es ist ein höchst protektionistisches Abkommen, geschlossen von den USA und den assoziierten Eliten Mexikos und Kanadas, gegen die Bevölkerungen ihrer eigenen Länder. Und auch gegen Europa und Japan.«² Der globale Wettbewerb um Kapital hatte da längst begonnen. Nicht nur die kanadische Opposition hatte sich quer gelegt, auch US-amerikanische Verbraucherschutzorganisationen, die Gewerkschaften und Teile der Demokratischen Partei waren gegen NAFTA. Die Abstimmungsergebnisse im US-amerikanischen Kongress spiegelten das wieder. Der neue Präsident Bill Clinton, der das Abkommen gegen die Widerstände durch den Kongress gepeitscht hatte, unterzeichnete es schließlich im Dezember 1993.

Bill Clinton: »Ich glaube, wir haben jetzt eine Entscheidung getroffen, die es uns erlauben wird, eine Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, die für mehr Wachstum, für mehr Gleichheit, für einen besseren Schutz der Umwelt stehen wird und die eine größere Möglichkeit für den Weltfrieden beinhaltet. In wenigen Augenblicken werde ich das *Nordamerikanische Freihandelsabkommen* als Gesetz unterzeichnen. Die größte Freihandelszone der Welt wird entstehen, und allein bis 1995 werden in den USA 200.000 Jobs geschaffen werden. Die getroffenen Nebenvereinbarungen bezüglich Umwelt und Arbeit, die unsere Administration ausgehandelt hat, werden dieses Abkommen zu einer Kraft für sozialen Fortschritt und Wirtschaftswachstum machen.«³

Der Widerstand gegen NAFTA kam nicht von ungefähr, weder in linken Kreisen in den USA und Kanada noch in den Bergen Mexikos. Dass sich der Kapitalismus unter der Freihandelsflagge neues Terrain eroberte, war vor allem in den Entwicklungsländern bereits zu sehen gewesen. Der Internationale Währungsfonds, kurz IWF, und die Weltbank, drängten Länder wie Mexiko schon in den 80er-Jahren zu einer radikalen

² Noam Chomsky. <https://www.youtube.com/watch?v=Ju06F3Os64U>

³ Bill Clinton. <http://www.youtube.com/watch?v=a-afGfdQ2xA>

Änderung ihrer Wirtschaftspolitik: weg von der staatlichen Förderung der einheimischen Landwirtschaft hin zur Öffnung der Binnenmärkte für Importe, hin zur Exportorientierung der Wirtschaft und hin zur Privatisierung von Staatsbesitz. Kredite gab es nur mehr im Austausch gegen neoliberale Freihandelspolitik. Eine eigenständige Entwicklungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik war nicht mehr möglich. Die Profitinteressen ausländischer Konzerne standen jetzt an vorderster Stelle. Und NAFTA war da ein weiteres, mächtiges Instrument.

Die Politologin Eva Lavon schrieb 1994 in einer Studie der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften der Universität Marburg zum NAFTA-Abkommen: »Mexiko soll durch diesen internationalen Vertrag dazu verpflichtet werden, die bereits eingeleiteten ökonomischen Reformen auch in Zukunft weiterzuführen. Kanada wird durch das Abkommen enger an die US-amerikanische Ökonomie gebunden und unterliegt somit einem höheren Anpassungsdruck. Beide Partnerländer werden durch das Freihandelsabkommen aufgrund eines erhöhten Wettbewerbsdrucks noch stärker als bisher gezwungen, der US-amerikanischen Deregulierungsstrategie zu folgen.«⁴

Noam Chomsky beschrieb schon 1993 die Konsequenzen: »Es ist sehr wahrscheinlich, dass in Mexiko, in den USA und in Kanada die Verarmung zunehmen wird, und wahrscheinlich wird das Abkommen alle 3 Länder in ein Gleichgewicht von Niedriglohn und Niedrigwachstum versetzen, unter dem die Bevölkerungen leiden werden; die Profite dagegen werden in die Höhe schießen.«⁵

Kapitel 3: NAFTA, heute

Richard L. Trumka, Präsident des US-amerikanischen Dachverbands der Gewerkschaften AFL-CIO: »Vor 20 Jahren hat man den Leuten in den USA, in Mexiko und in Kanada einen Handelsdeal versprochen, der Jobs schaffen, Mexiko aus der Armut befreien und die illegale Einwanderung eindämmen würde. Stattdessen haben sie einen Handelsdeal bekommen, von dem multinationale Unternehmen auf Kosten der Arbeitnehmer profitieren, der zu mehr Ungleichheit und weniger Verhandlungsmacht auf Seiten der Arbeiter geführt hat. Die Löhne sind in allen 3 Ländern stagniert, und Familien haben Mühe, die Kosten für Krankenkasse, Bildung und Wohnen und für die Rentenversicherung zu bezahlen.«⁶

Kapitel 4: Das US-amerikanische Territorium.

Daten des *U.S. Bureau of Labor Statistics* von 2014 zufolge ist es in der US-Industrie statt der prophezeiten hunderttausenden von neuen Jobs seither zu einem Verlust von knapp 5 Millionen Arbeitsplätzen gekommen. Dass insgesamt 5 Millionen Jobs vernichtet wurden, liegt allerdings nicht an NAFTA allein. Zur Etablierung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung hat auch die 1994 entstandene Welthandelsorganisation maßgeblich beigetragen. Vor allem der Beitritt Chinas im Jahr 2000 hat zu einem weiteren Outsourcen arbeitsintensiver Herstellungsprozesse geführt.

Die us-amerikanische Verbraucherschutzorganisation *Public Citizen* geht NAFTA-bedingt von einem Verlust von etwa 1 Million US-Arbeitsplätzen in der Industrie aus. Allerdings

⁴ Eva Lavon, „Das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften“, <http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/s3.pdf>

⁵ Noam Chomsky. <https://www.youtube.com/watch?v=MCeichuaPqQ>

⁶ Richard L. Trumka, in: *Nafta at 20*, AFL-CIO March 2014

stellt eine Untersuchung des Washingtoner *Economic Policy Institute* der ersten zwölf Jahre des NAFTA Abkommens bereits für diesen Zeitraum einen Verlust von mehr als einer Million Arbeitsplätzen in den USA fest; außerdem eine signifikante Lohnsenkung, die weitere Millionen Arbeitskräfte betraf. Im Durchschnitt bewegen sich die US-Löhne heute auf dem Stand von 1979. Auch die Qualität der Arbeit hat sich verschlechtert: aus gut bezahlten Industrie-Arbeitsplätzen sind schlecht bezahlte Dienstleistungsjobs geworden. NAFTA-bedingt drängten mexikanische Wanderarbeiter als Billigstarbeitskräfte auf den US-amerikanischen Arbeitsmarkt. Dass Job- bzw. Einkommensverlust kompensiert würden durch den Import billiger Waren, ist nicht der Fall. Zwar wurden deutlich mehr Lebensmittel aus Kanada und Mexiko in die USA importiert, die Durchschnittspreise für Lebensmittel sind aber in die Höhe geschossen. Außerdem haben die verlorengegangenen Jobs zu geringeren Steuereinnahmen geführt; das wiederum hat sich in gekürzten Sozialausgaben niedergeschlagen. Und nicht zuletzt ist auch die Einkommensungleichheit massiv gestiegen. Seit NAFTA ist das Einkommen der reichsten 10% US-Amerikaner um 24% und das des reichsten 1% sogar um 58% angewachsen.

Kapitel 5: Das mexikanische Territorium.

Heute, 20 Jahre nach der Unterzeichnung des NAFTA-Abkommens, sagt der damalige mexikanische Präsident Carlos Salinas, der als einer der gelehrigsten Schüler des neoliberalen Credos in Lateinamerika gilt, anlässlich der gerade anstehenden vertiefenden Neuverhandlungen: »Nicht NAFTA wird wiedereröffnet, eine Büchse der Pandora wird geöffnet.«⁷ Salinas hatte auf Drängen der USA - gewissermaßen als NAFTA-Vorbedingung - bereits 1992 ein neues Agrargesetz verabschiedet. Und damit das Ende des gemeinschaftlichen Landbesitzes – mehr als die Hälfte des nationalen Territoriums - als eigene Eigentumsform eingeläutet. Das Land konnte jetzt privatisiert und auch an Ausländer verkauft werden. Pandoras Büchse war da für die Kleinbauern im Land bereits sperrangelweit offen.

Der US-amerikanische Gewerkschaftsdachverband spricht heute von 1 Million verlorener Arbeitsplätze zwischen 1991 und 2000 allein in der mexikanischen Maisproduktion – Mais ist das Grundnahrungsmittel in Mexiko - und von einer weiteren Million in der mexikanischen Landwirtschaft insgesamt. Schuld sind die subventionierten Agrarimporte aus den USA. Héctor Carlos Salazar vom Dachverband der mexikanischen Maisproduzenten: »Wir haben 27 Millionen Hektar Anbaufläche, die USA dagegen 179 Millionen. An Subventionen bekommt ein mexikanischer Bauer 700 Dollar, einer in den USA 21.000 Dollar.«⁸

Forscher unterscheiden 2 Etappen der landwirtschaftlichen Entwicklung Mexikos unter NAFTA: Eine erste Etappe, die des Dumpings, umfasst die Jahre von 1994 bis 2000. Die USA überfluteten den mexikanischen Markt mit hoch subventionierten landwirtschaftlichen Produkten und übten so vor allem auf die 3 Millionen kleinen einheimischen Mais-Produzenten enormen Druck aus. Auch die Soja-, Weizen-, Baumwolle- und Reis-Importe aus den USA verliefen nach dem gleichen Muster. Und obwohl der Export von Gemüse und Früchten in die USA zugenommen hat, ist es zu keinem Ausgleich gekommen. Heute

7

Zitiert in: Marcos Chávez: "Actualizar" el TLC: renovar el quebranto de México. <http://contralinea.info/archivo-revista/index.php/2014/02/25/actualizar-el-tlc-renovar-el-quebranto-de-mexico>

8

Zitiert in: Le Monde Diplomatique, 14.03.2008

müssen in Mexiko 60% des Nahrungsmittelbedarfs an Weizen und 70% an Reis importiert werden. Als 2007 die Lebensmittelpreise weltweit angestiegen waren, hatte das in Mexiko katastrophale Folgen. Hungerrevolten brachen aus.

Die zweite Etappe: Als 2008 schließlich alle Zölle und Einfuhrquoten abgeschafft waren, die – so hatte es der NAFTA-Vertrag vorgesehen – sukzessive abgebaut worden waren, begann die zweite Phase, die Agrarexperten die der Abhängigkeit nennen. Viele Bauern mussten ihr Land jetzt an Agrarmultis verkaufen und in die Industriegegenden im Norden, wo sich die Maquiladora-, also die Zulieferer-Industrie NAFTA-bedingt rasant ausgeweitet hatte, aber auch in die USA und Kanada migrieren. 2007 waren bereits 8 Millionen Bauern gezwungen auszuwandern. Laura Carlson, US-amerikanische Soziologin und Direktorin des in Mexiko Stadt ansässigen *Americas Program* des *Centers for International Policy*: »Pro Stunde importiert Mexiko Nahrungsmittel für 1,5 Millionen Dollar, in der gleichen Zeit wandern 30 mexikanische Bauern in die USA aus.«⁹ Die in die USA emigrierten mexikanischen Bauern produzieren dann dort Lebensmittel für Mexiko. Als häufig papierlose Gelegenheitsarbeiter sind sie deutlich günstiger als US-amerikanische Arbeiter.

Innerhalb von 20 Jahren hat sich der Export von mit subventioniertem Soja und Mais erzeugten Rinder-, Geflügel- und Schweinefleisch aus den USA nach Mexiko vervielfacht. In Mexiko wird das Fleisch dann zu Preisen verkauft, die 20% unter seinen Herstellungskosten liegen. Mexikanische Bauern können nicht konkurrieren. Von den neuen landwirtschaftlichen Strukturen in Mexiko selber profitieren vor allem die großen Betriebe im Norden des Landes, die wiederum häufig US-Konzernen gehören. Insgesamt hat das mit NAFTA sich durchsetzende landwirtschaftliche Modell dazu geführt, dass sich in allen 3 Ländern große exportorientierte, marktbeherrschende Agrarkonzerne ausgebreitet haben.

Mexiko, das 80% seines Außenhandels mit den USA abwickelt, exportiert vor allem Erdöl und Maquiladora-Produkte, also Textilien, Autos und elektronische Geräte, die aus importierten Vorprodukten hergestellt werden. »2012 sind 85% der mexikanischen Exporte in die USA eins von beiden«, schreibt Alejandro Nadal, mexikanischer Ökonom am *Centro de Estudios Económicos*, einer renommierten Forschungs- und Lehrereinrichtung in Mexiko-Stadt. »Die Hauptexporte von Mexiko in das nördliche Nachbarland sind natürliche Ressourcen und billige Arbeitskraft. Exporte aus Maquiladoras setzen per Definition die Verwendung billiger Arbeitskraft voraus; oder wie es die Neoliberalen gerne ausdrücken: wettbewerbsfähige Löhne.«¹⁰ »Außerdem« so Alejandro Nadal weiter »prosperiert die Maquiladora-Industrie nur in dem Maße wie die Teile im Produktionsprozess einer Ware, die das Ergebnis intensiver Arbeit sind, in Mexiko gefertigt werden, während die teureren Vorprodukte in einem anderen Wirtschaftsraum hergestellt werden. Und das bedeutet, dass die innerindustriellen Verflechtungen sehr schwach sind.«¹¹ Die versprochene industrielle Modernisierung Mexikos blieb aus; zumal die großen Maquiladoras nicht nur mit ausländischer Technologie, sondern auch mit ausländischem Kapital arbeiten.

Auch hier gibt es einen Rückkopplungseffekt: Die in Mexiko entstandenen Arbeitsplätze in den für den US-Markt produzierenden Maquiladoras sind in den USA vernichtet worden.

Im *Handelsblatt* wird Mexiko als der wichtigste Autohersteller Lateinamerikas gefeiert.

⁹ ebd.

¹⁰ In Opinión, "Veinte años de TLCAN: el protectorado mexicano", 08.01.2014

¹¹ ebd.

Gemeint sind damit aber bloß die Niederlassungen ausländischer Konzerne, die dort für den Export produzieren lassen, weil die Löhne unschlagbar niedrig sind: »Da sind zum einen die insgesamt zwölf Freihandelsabkommen mit 44 Ländern. Da ist zum anderen die geografische Nähe zu den USA, dem größten Markt der Welt. Da ist außerdem die Tatsache, dass sich in Mexiko mittlerweile alle weltweit führenden Zulieferer angesiedelt haben. Schließlich verfügt Mexiko, bedingt durch die jahrzehntelange Tradition des Automobilbaus, über hervorragend ausgebildete Arbeiter. (...) Der Stundenlohn eines mexikanischen Autoarbeiters liegt zwischen vier und sieben US-Dollar; in Brasilien verdienen die Kollegen sieben bis 13 Dollar. Die US-Autobauer erhalten sogar bis zu 72 Dollar in der Stunde.«¹²

Die Zuliefererindustrie an der Grenze kann allerdings Millionen landloser Bauern nicht absorbieren. Und so hat sich die illegale Auswanderung von Mexiko Richtung Norden in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Clintons Vision vom Frieden durch Freihandel hat sich nicht verwirklicht. Die Kriminalitätsraten in Mexiko sind in die Höhe geschossen. Studien belegen einen Zusammenhang zwischen den zerstörten Lebensgrundlagen der mexikanischen Maisbauern einerseits und dem Aufstieg der Drogenkriminalität andererseits. Vor allem in den Maisanbaugebieten hat der Anbau von Schlafmohn und Marihuana seit NAFTA deutlich zugenommen. Um Drogenschmuggel und Migration in die USA abzuwehren, wurde das US-amerikanisch-mexikanische Grenzregime laufend verschärft und mit Technologie, Militär und Grenzpolizei hochgerüstet. Dafür gilt Mexiko heute als eines der investorenfreundlichsten Länder auf der ganzen Welt.

Kapitel 6: Das kanadische Territorium.

Neben mehr ausländischen Direktinvestitionen hatte man Kanada vor allem eine diversifiziertere, effizientere und wissensbasiertere Wirtschaft versprochen. Außerdem sollte die Produktivitätslücke der kanadischen Wirtschaft gegenüber der US-amerikanischen geschlossen werden. Und durch die Stärkung der Wirtschaft insgesamt sollte auch der kanadische Sozialstaat gestärkt werden.

Die ausländischen Direktinvestitionen haben tatsächlich massiv zugenommen, vor allem aber in Form von Übernahmen und Fusionen von Unternehmen. D.h. die Großkonzerne sind noch größer geworden und deren Profite auch. Bruce Campbell vom unabhängigen kanadischen Forschungsinstitut *Canadian Centre for Policy Alternatives*: »Während der 4 Dekaden vor 1990 ist der Anteil am Nationaleinkommen, den sich die Kapitaleseite in Form von Profiten angeeignet hat, stetig gesunken, während der Anteil auf Seite der Arbeit, in Form von Löhnen und Gehältern, gestiegen ist. Mit NAFTA hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Nicht zufällig korrelieren diese Trends eng mit dem Aufstieg und Fall der Gewerkschaften im handelsbezogenen Privatsektor und auch mit der Zunahme schlechter Arbeit: schlecht bezahlt, temporär, prekär.«¹³

Die Produktivität der kanadischen Wirtschaft ist insgesamt nicht gestiegen, sondern sogar gesunken. Stattdessen ist Kanada wieder zu einem Exporteur von Rohstoffen geworden, die inzwischen sogar knapp Zweidrittel seiner Exporte ausmachen. Es handelt sich vor allem um Erdöl aus der umstrittenen Ölsandförderung, um Fracking. Und nicht zuletzt wurde der Sozialstaat downgesized: Arbeitslosenversicherung, Gesundheits- und

¹² Klaus Ehringfeld, „Schlaraffenland für Auto-Exporteure“, in Handelsblatt, 26.08.2012

¹³ Bruce Campbell, „FTA at 25, NAFTA at 20“, <https://www.policyalternatives.ca/publications/commentary/fta-25-nafta-20>

Bildungswesen, soziale Wohnbauprogramme wurden auf US-Standard gebracht. Dafür gab es massive Steuererleichterungen für Großkonzerne und Auslandsinvestitionen.

Teil zwei. Übergeordnetes.

In allen 3 Ländern wurde NAFTA zur weiteren Durchsetzung der neoliberalen Agenda genutzt.

Kapitel 7: NAFTA, ein Instrument des Neoliberalismus.

Bruce Campbell vom *Canadian Centre for Policy Alternatives*: »NAFTA als Handelsabkommen zu charakterisieren, verwechselt den Wald mit den Bäumen. Es war eine Big-Business-getriebene Initiative, deren vorrangiges Ziel die Deregulierung von Investitionen war. Die Vereinbarungen haben den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen zwar einfacher gemacht. Im Zentrum standen allerdings neue Befugnisse und Freiheiten, die man den Konzernen garantiert hat, um den Nutzen für ihre Aktionäre, den Shareholder Value, zu erhöhen. Diese Regelungen machten es den Konzernen möglich, sich minimal eingeschränkt auf dem Nordamerikanischen Kontinent zu bewegen, ihre Produktionen immer in diejenigen Zuständigkeitsbereiche zu schieben, die die höchsten Profite hinsichtlich Regulierungen, Subventionen, Steuern, Arbeitskosten usw. bieten.«¹⁴

Von einer Win-Win-Situation, wie es die NAFTA-Befürworter propagiert hatten und von der bereits die klassischen Freihandelstheoretiker im 18. Jahrhundert ausgegangen waren, keine Spur. Birgit Mahnkopf, deutsche Politikwissenschaftlerin an der *Berlin School of Economics and Law*: »Die entwickelten Länder verdanken ihren heutigen Reichtum gerade jener Politik, die sie den 'Nachzüglern' aus dem Süden und Osten verwehren wollen. Denn nicht durch Freihandel, sondern durch protektionistische Export- und Importzölle, eine selektive Politik im Hinblick auf ausländische Direktinvestitionen, Kapitalverkehrskontrollen und ohne Patentschutz auf technologische Innovationen sind die heute entwickelten und reichen Industrieländer entwickelt und reich geworden.«¹⁵

Allerdings ist die durch NAFTA verschärfte Spaltung nicht bloß eine zwischen einem Entwicklungsland und zwei Industrieländern. Es ist auch eine den Neoliberalismus insgesamt als globales Klassenprojekt charakterisierende Spaltung zwischen den vermögenden Eliten in allen 3 NAFTA-Ländern auf der einen Seite und ihren arbeitenden Bevölkerungen auf der anderen Seite. Die Einkommensungleichheit hat in allen 3 Ländern massiv zugenommen.

Stuart Trew und Scott Sinclair vom unabhängigen kanadischen Forschungsinstitut *Canadian Centre for Policy Alternatives*: »In der Tat tragen die Freihandelsregime die Verantwortung für die wachsende Ungleichheit in den meisten Ländern, auch unserem eigenen, denn sie entziehen Regierungen viele der Mittel, mit denen man den durch größeren Handel erzeugten Reichtum umverteilen könnte.«¹⁶

¹⁴ ebd.

¹⁵ Birgit Mahnkopf, „Investition als Intervention: Wie interregionale und bilaterale Investitionsabkommen die Souveränität von Entwicklungsländern beschneiden“, http://www.fes.de/ipg/IPG1_2005/MAHNKOPF.PDF

¹⁶ Stuart Trew/Scott Sinclair, <https://www.policyalternatives.ca/publications/commentary/why-workers-should-unite-against-canadas-next-generation-trade-deals>

Jeff Faux vom *Economic Policy Institute* in Washington fasst das 20-jährige Erbe von NAFTA zusammen: »Dieses Handelssystem hat die versprochenen Vorteile nicht gebracht, weil es gar nicht dafür konzipiert war. Die Vereinbarungen haben die Interessen der amerikanischen Arbeiter wegverhandelt zugunsten amerikanischer Unternehmen, die für den US-Markt produzieren wollen in Ländern, in denen die Arbeit billig ist, Umwelt- und gesundheitsrechtliche Regulierungen schwach und Regierungen käuflich sind. NAFTAs Hauptanliegen war es nicht, den Handel zu befreien, sondern multinationale Konzerne von öffentlichen Verpflichtungen in den USA, in Mexiko und in Kanada und letztendlich auf der ganzen Welt zu befreien.«¹⁷

Gelitten hat dabei auch die Umwelt, wie aus einer Studie der us-amerikanischen Umweltorganisation *Sierra Club* zu 20 Jahren NAFTA hervorgeht. »NAFTA hat zu einem neuen Handelsmodell geführt, das die Regulierungshoheit von Regierungen beschränkt hat im Interesse der Allgemeinheit und der Umwelt zu handeln. NAFTA hat im Landwirtschaftssektor Mexikos Veränderungen zementiert und ausgedehnt, die Millionen von Kleinbauern verarmt und vertrieben haben, während es Nordamerikas Abhängigkeit von chemie- und wasserintensiven landwirtschaftlichen Praktiken erhöht hat. Außerdem haben der Rohstoffabbau und Handel mit fossilen Brennstoffen zugenommen. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten von Regierungen geschwächt, umweltverschmutzende Industrien durch entsprechende Politiken zu regulieren.«¹⁸

Der Handel zwischen den 3 Ländern hat sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht. Profitiert davon haben in der Hauptsache Großkonzerne und Vermögenseigentümer. *Profit over People*, so Noam Chomskys eingängige Formulierung.

Barack Obama sah das offenbar genauso, bevor er Präsident wurde. NAFTA verschrotten oder reparieren? wurde er 2007 gefragt. Obama: »Ich würde sofort den Präsidenten von Mexiko und den Präsidenten von Kanada anrufen und versuchen, NAFTA zu verbessern, denn ich denke, wir könnten sofort Arbeitsvereinbarungen integrieren. Und die sollten widerspiegeln, dass das Grundprinzip unserer Handelsvereinbarungen nicht bloß für Wall Street gut sein sollte, sondern es sollte auch für Main Street gut sein. Unser Problem war, dass oft Unternehmenslobbyisten in die Verhandlungen zu diesen Handelsvereinbarungen involviert waren, aber der AFL-CIO, der Gewerkschaftsdachverband, war nicht involviert, die Arbeiter waren nicht involviert. Und wir müssen sicherstellen, dass unsere Vereinbarungen für alle gut sind, denn die Globalisierung heute schafft Gewinner und Verlierer, und das Problem ist, es sind immer dieselben Gewinner und Verlierer.«¹⁹ Doch seit Obama im Amt ist, arbeitet er, wie schon Bush-Vater, Clinton und Bush- Sohn, für eine Vertiefung des NAFTA-Modells und seine weltweite Ausdehnung in Form neuer Abkommen.

Kapitel 8: Das neoliberale Investor-Staat-Verhältnis.

Seit NAFTA geht es im Kern in allen darauf folgenden Freihandelsabkommen und anderen multi- und bilateralen Vereinbarungen immer um das Gleiche: die rechtliche Neuordnung

¹⁷ Jeff Faux, <http://www.epi.org/blog/nafta-twenty-years-disaster/>

¹⁸ http://action.sierraclub.org/site/DocServer/0642_NAFTA_Report_05_web_high.pdf?docID=15301

¹⁹ <http://crooksandliars.com/2014/02/no-fast-track-tpp-fix-nafta-first>

des Verhältnisses von Staaten zu Privatkonzernen zugunsten letzterer. Das geschieht über völkerrechtliche Verträge unter dem unverfänglichen Stichwort „Rechtssicherheit für ausländische Investoren schaffen“.

Einen Rückschlag erlitten die Freihandelsverfechter allerdings kurz vor der Jahrtausendwende, als das *Multilaterale Abkommen über Investitionen*, kurz: MAI - das von OECD und EU 1995 initiiert worden war und das vor allem die Rechte internationaler Investoren gestärkt hätte - zu Fall gebracht wurde. Dank eines Leaks und dem Widerstand der seit NAFTA kontinuierlich stärker gewordenen globalisierungskritischen Bewegung ist es am Ende gescheitert. Frankreich war aus den Verhandlungen ausgestiegen. Maria Mies, deutsche Soziologin und emeritierte Professorin der Fachhochschule Köln, war hierzulande eine der wenigen Kritikerinnen: »Das MAI war ganz eindeutig der Versuch, weltweit die ungebremste Freiheit für die global operierenden Konzerne durchzusetzen, (...) die investieren, wo und wie sie wollen, produzieren, was sie wollen, kaufen und verkaufen, was sie wollen und dabei möglichst keine Rücksicht mehr nehmen müssen auf nationale Regierungen und deren Gesetze zum Schutz von Arbeits-, Sozial- und Umweltgesetzen.«²⁰ Noam Chomsky formulierte schon 1996: »Die Haupttendenz heute geht dahin, Macht weg von der öffentlichen Sphäre in Richtung privater Tyrannen zu verschieben; und das ist sehr gefährlich.«²¹

Gerade laufen weltweit Verhandlungen über neue Abkommen auf Hochtouren. Allesamt hinter verschlossenen Türen. In Brüssel, in Genf, in Salt Lake City. Die Parlamente der betroffenen Länder sind nicht beteiligt. Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltverbände sowie andere NGOs sind ausgeschlossen. Nur die Lobbyisten der Großkonzerne sind willkommen. Die Abkommen heißen CETA, TISA, TPP, TTIP. TTIP, die *Transatlantic Trade and Investment Partnership*, sollte eigentlich TAFTA heißen, *Trans-Atlantic Free Trade Agreement*. Aber da alles, was sich auf NAFTA reimt, in den USA einen verheerenden Klang hat, hat man es umbenannt.

Ein ganzes Vertragsgeflecht von Abkommen, das da entstehen und sich über die gesamte Welt legen würde, womit das neoliberale Regime transnationaler Konzerne endgültig festgeschrieben wäre. Denn eine Änderung einmal getroffener Vereinbarungen ist immer nur möglich, wenn alle Unterzeichnerstaaten zustimmen. Lori Wallach, us-amerikanische Anwältin, Spezialistin für Handelsrecht und Direktorin der Verbraucherschutzorganisation *Public Citizen* spricht von einem „Staatstreik in Zeitlupe“, denn man steuert »auf ein System zu, das die Herrschaft der mächtigsten Kapitalgruppen über den Großteil der Welt zementiert und juristisch absichert.«²² *Public Citizen* hat in einer Untersuchung zu 20 Jahren NAFTA das Nordamerikanische Freihandelsabkommen als ein „radikal neues Modell für Freihandelsabkommen“²³ in den Blick genommen, das sich von früheren Abkommen, in denen es in der Hauptsache noch um den Abbau von Einfuhrzöllen zwischen Handelspartnern ging, grundlegend unterscheidet.

Kapitel 9: NAFTA, Chapter 11.

²⁰ Maria Mies, „Die neuen Kolonien des Westens“, in: Der Freitag, 17.05.2002

²¹ Noam Chomsky, <https://www.youtube.com/watch?v=Ju06F3Os64U>

²² Lori Wallach, „TAFTA / TTIP - die große Unterwerfung“, in: Le Monde Diplomatique, 08.11.2013

²³ <http://www.citizen.org/documents/NAFTA-at-20.pdf>

Im NAFTA-Vertrag geht es vor allem um die neuen Privilegien von Konzernen und Investoren, die in Kapitel 11 festgeschrieben sind. Es handelt sich bis heute um die weitreichendsten völkerrechtlichen Vereinbarungen zum Investitionsschutz. Der Jurist José E. Alvaréz von der *New York University School of Law* schreibt in einem von der Konrad Adenauer Stiftung herausgegebenen Sammelband in einem Aufsatz mit dem Titel *Mexiko und das NAFTA-Investitionsregime*: »Das Kapitel 11 des NAFTA-Vertrags war und ist eine der investorenfreundlichsten Vereinbarungen, die je zwischen Staaten abgeschlossen wurden.«²⁴

Kapitel 11 enthält die 3 Schlüsselemente, die auch in die seither ständig steigende Zahl weiterer Freihandels- und Investitionsvereinbarungen Eingang finden.

Erstens: das Recht auf Gleichbehandlung in- und ausländischer Investoren, das beispielsweise dazu führen kann, dass ein mexikanisches Unternehmen mit einem globalen Konzern aus den USA um die Auftragsvergabe bei einer öffentlichen mexikanischen Institution konkurrieren muss.

Zweitens: das Recht auf Entschädigung bei einer direkten oder indirekten Enteignung. Um direkte Enteignungen physischen Eigentums geht es dabei in der Praxis kaum, um die indirekte Enteignung dagegen umso mehr. Eine indirekte Enteignung liegt vor, wenn die Gewinne, selbst die erwarteten zukünftigen Gewinne eines Konzerns, durch politische Entscheidungen beeinträchtigt sind. Der Investor kann dann auf Schadensersatz klagen.

Drittens: das Recht auf freien Kapitalverkehr aus dem Gastland. Ein Unternehmen kann ein Land jederzeit verlassen, während es umgekehrt vom Staat nicht zum Abzug aufgefordert werden kann.

Diese Rechte haben es den Regierungen der 3 NAFTA-Länder unmöglich gemacht, einheimische kleine oder mittlere Betriebe vor der Konkurrenz globaler Großkonzerne zu schützen. Mexiko hat mit Kapitel 11 einen in der mexikanischen Verfassung niedergelegten Rechtsgrundsatz, die sog. Calvo Doktrin, für ungültig erklärt. Ausländische Investoren unterstehen ab jetzt nicht mehr der Rechtssprechung Mexikos; sie können vor internationalen Privatgerichten klagen. Denn um diese „Freihandels“-Rechte, von denen die Großkonzerne auf protektionistische Weise profitieren, auch durchsetzen zu können, enthält Kapitel 11 die heute besonders kontrovers diskutierten Bestimmungen zur privaten Schiedsgerichtsbarkeit. Seit NAFTA gilt das investor-to-state-dispute-settlement. Kurz ISDS. Gemeint ist damit, dass ein Investor im Konfliktfall einen Staat auf die Anklagebank zwingen kann. Und zwar vor ein nicht demokratisch legitimes Privatgericht, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagt und dessen Entscheidung unanfechtbar ist. Für die NAFTA-Klagen sind 2 Schiedsgerichtsstellen zuständig: das *International Center for Settlement of Investment Disputes* der Weltbank und die *UN Commission for International Trade Law*.

In einer spanischen Studie wurden Besonderheiten derartiger Investor-Staat-Verfahren herausgearbeitet. Patxi Zabalo, der an der Universität des Baskenlandes „Internationale Ökonomische Beziehungen“ lehrt: »Während die Gesetze eines demokratischen Landes vom Parlament verabschiedet werden, sind die Schiedsregeln nicht das Ergebnis eines legislativen Verfahrens. Sie entstammen vielmehr einer Strategie, die von Unternehmens- und Anwaltsorganisationen ersonnen wurde, um die Justiz zu privatisieren, jedenfalls in

²⁴ http://www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/Auslandsinvestitionen/Auslandsinvestitionen_alvarez.pdf

Hinsicht auf das Handelsrecht. Damit werden Jahrhunderte alte Rechtstraditionen gebrochen.«²⁵

Die Schiedsgerichte setzen sich, im Gegensatz zu öffentlichen Gerichten, immer nur für einen jeweiligen Fall zusammen; auch die Verfahrensregeln selber entstehen jeweils ad hoc. Die *arbitration industry*, wie Fachleute die neue Branche der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit nennen, ist völlig intransparent und ihr ad hoc-Procedere beruht auf einem nur wenigen Juristen geläufigen Insiderwissen. Das Unternehmen und der beklagte Staat, die jeweils Rechtsanwälte und Berater angeheuert haben – die ISDS-Verfahren sind gewöhnlich komplex, lang und äußerst kostspielig –, wählen je einen der Schiedsrichter, die sich dann gemeinsam auf einen dritten einigen. 3 Privatpersonen entscheiden, ob die Gesamtinteressen einer Gesellschaft privaten Profitinteressen untergeordnet werden.

Pia Eberhardt und Cecilia Olivet in einer von der Anti-Lobby Organisation *Corporate Europe Observatory* und der Denkfabrik für progressive Politik *Transnational Institute* publizierten Studie zum internationalen Investitionsbusiness: »Die Schiedsrichter sind dem Blick der Öffentlichkeit entzogen, sie werden in internationalen Medien so gut wie nicht erwähnt. Doch dieser kleinen Gruppe einer Elite von Anwälten wurde eine unerhörte Macht eingeräumt, mit ihren Urteilen über das Leben von Millionen von Menschen zu entscheiden.«²⁶

In der Studie des US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands zu 20 Jahren NAFTA werden weitere problematische Aspekte der Investor-Staat-Verfahren benannt. »Die Schiedsrichter, die den Fall entscheiden, werden von den Streitparteien ausgewählt und bezahlt. Die Schiedsrichter haben also ein finanzielles und professionelles Interesse daran, dieses System aufrechtzuerhalten und auszudehnen. Es gibt einen Drehtüreffekt zwischen den Schiedsgerichten, führenden internationalen Kanzleien und handelsbezogenen Posten innerhalb von Regierungen.«²⁷

Pia Eberhardt und Cecilia Olivet haben recherchiert, dass einige der Unterhändler und Berater bei den NAFTA Verhandlungen zu Kapitel 11 später zu den großen Namen der Schiedsgerichtsindustrie geworden sind: »Beispielsweise Jan Paulsson und Guillermo Aguilar Alvarez, die beide die mexikanische Regierung berieten. Als NAFTA unterzeichnet war, haben diese Anwälte sofort Unternehmen veranlasst, die 3 Unterzeichnerstaaten zu verklagen.«²⁸ Daniel Price, der im Auftrag der US-amerikanischen Regierung damals Mexiko von Kapitel 11 überzeugte, wurde später von 2 US-amerikanischen Konzernen beauftragt, Mexiko, mit Kapitel 11 in der Hand, zu verklagen. Alle 3 Genannten sind Pioniere dieser neuen Branche und gehören als Anwälte und Schiedsrichter zur winzigen internationalen Elite der privaten Schiedsgerichtsbarkeitsindustrie, die für die Beteiligten zu einem äußerst lukrativen Geschäft geworden ist.

Nationalstaatliches Recht wird hier einem auf völkerrechtlichen Verträgen fußenden parallelen Konzernrecht untergeordnet. Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung* spricht im Kontext der aktuell laufenden Freihandelsverhandlungen von einem »globalen

²⁵ <http://www.usc.es/congresos/xiirem/pdf/41.pdf>

²⁶ <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/profitfrominjustice.pdf>

²⁷ in: *Nafta at 20*, AFL-CIO March 2014

²⁸ <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/profitfrominjustice.pdf>

Grundrecht auf ungestörte Investitionen«²⁹, das den Konzernen damit erteilt würde. In der NAFTA-Zone wird dieses private Recht längst praktiziert; hierzulande hat das bislang keine Aufmerksamkeit erregt.

Auch viele andere Länder, die NAFTA-ähnliche Investitionsabkommen mit ISDS-Kapiteln unterschrieben haben, sind davon betroffen. 3.200 regionale und bilaterale Abkommen gibt es inzwischen. Und seit Mitte der 1990er-Jahre ist die Zahl der ISDS-Klagen explodiert. Pia Eberhardt: »Die Gefahren für öffentliche Haushalte und demokratische Politik liegen auf der Hand: Investor-Staat-Klagen können Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe nach sich ziehen. Durch politische Reformen verursachte Gewinneinbußen einzelner Unternehmen werden auf diese Weise sozialisiert.«³⁰

Der *Public-Citizen*-Studie von 2014 zufolge sind gegenwärtig NAFTA-Investor-Staat-Verfahren im Wert von mehr als 12,4 Milliarden US Dollar anhängig.

Kapitel 10: Fallgeschichten

Beispiele aus der NAFTA-Zone gibt es zuhauf. Eine Handvoll reicht aus, um die Reichweite derartiger Verfahren zu zeigen, die kontinuierlich rechtsstaatliche Errungenschaften aushöhlen. Meistens wird wegen indirekter Enteignung geklagt.

In einem der allerersten Verfahren gegen Kanada, klagte das US-Unternehmen Ethyl und zwang die kanadische Regierung, ein bestehendes Gesetz aufzuheben, das einen gesundheitsschädlichen Benzinzusatzstoff (MMT) verboten hatte, und außerdem 13 Millionen US Dollar Schadensersatz zu bezahlen.

Die US-amerikanischen Energiekonzerne *Exxon Mobil* und *Murphy Oil* gewannen eine Klage gegen die kanadische Regierung, die eine Entschädigung von 60 Millionen US Dollar bezahlen musste, weil Kanada Ölkonzerne in einen Fonds für Forschung und Entwicklung zahlen lässt. Diese einheimische wie ausländische Unternehmen betreffende Regulierung hatte den Zweck, wenigstens einen Teil der Profite der Rohstoffentnahme Kanadas ärmsten Provinzen zugute kommen zu lassen. Als die Unternehmen mit ihrer Klage vor kanadischen Gerichten gescheitert waren, haben sie auf das in Kapitel 11 niedergelegte Investor-Staat-Verfahren zurückgegriffen und Recht bekommen. Ausländische Investoren haben mithin die Möglichkeit, sogar Gerichtsurteile öffentlicher Gerichte in privaten Gerichtsverfahren rückgängig zu machen. In Deutschland käme einem Investor damit die Macht des Bundesverfassungsgerichts zu.

Anhängig ist eine Klage des kanadischen Öl- und Gaskonzerns *Lone Pine*, der über eine US-Niederlassung gegen die eigene Regierung klagt, weil die Provinz Quebec wegen Umweltrisiken bei der Gasförderung ein Moratorium für Fracking erlassen hat. Gefordert werden 250 Millionen US Dollar Schadensersatz. Konzerne nutzen mithilfe der darauf spezialisierten Kanzleien geschickt das internationale Investitionsregime, um auch gegen ihre eigenen Regierungen vorzugehen.

Der US-Pharmakonzern Eli Lilly fordert von der kanadischen Regierung 500 Millionen US Dollar Entschädigung. Kanadische Gerichte hatten zwei Patente der Firma für ungültig erklärt, nachdem sie herausgefunden hatten, dass der Pharmakonzern unzureichende

²⁹ <http://www.sueddeutsche.de/politik/freihandelsabkommen-das-globale-grundrecht-auf-ungestoerte-investition-1.1940514>

³⁰ <http://www.linksnet.de/de/artikel/31359>

Beweise erbracht hatte, dass die Medikamente tatsächlich von langfristigem Nutzen wären. Das Unternehmen klagt nun mit dem Argument, seine künftigen Profiterwartungen seien beeinträchtigt. »Würde Kanada den Fall verlieren, zöge das eine Welle von NAFTA-Klagen von anderen Pharmakonzernen nach sich, deren Patente ebenfalls für ungültig erklärt wurden,« sagt Stuart Trew von der gemeinnützigen Organisation *Council of Canadians*, »und es würde große Pharmakonzerne ermutigen, vergleichbare Investor-Staat-Verfahren weltweit anzuzetteln, überall dort, wo sich einheimische Patentregeln von denen der USA oder der Europäischen Union unterscheiden. Wenn man bedenkt, dass derzeit 9 weitere NAFTA-Verfahren gegen Kanada anhängig sind, bei denen es insgesamt um Streitwerte von 2,5 Milliarden Dollar geht, sollte das ein starkes Motiv für einen Wandel sein. Kanada hat bereits mehr als 160 Millionen Dollar in Folge von NAFTA-bedingten Investor-Staat-Verfahren bezahlt. Und selbst da, wo Kanada gewonnen hat, stellen die Summen, die an Rechtsanwälte bezahlt werden mussten, eine Belastung der öffentlichen Finanzen dar. Die 500 Millionen Dollar, die der Pharmakonzern Lilly fordert, sind mehr als den Provinzen Neufundland und Labrador 2013 an öffentlichem Gesundheitsbudget zur Verfügung stand.«³¹

Nun muss es noch nicht einmal zu einer Klage kommen; oft hat eine Androhung allein schon genügend Abschreckungspotential. Für Konzerne geht es heute darum, die Welt mit einem immer dichteren Netz von Abkommen zu überziehen, die ISDS Klagemöglichkeiten enthalten; aber auch herauszufinden, was das aktuelle Netz in dieser Hinsicht bereits hergibt. Die kleine Elite auf ISDS spezialisierter internationaler Anwaltskanzleien berät ihre Kundschaft längst in Sachen innovativer Anwendungsmöglichkeiten und attraktiver Gelegenheiten, die das internationale Investitionsregime zu bieten hat.

Teil drei: Sonstiges

Der an der *York University* in Toronto lehrende britische Politikwissenschaftler Stephen Gill sprach Ende der neunziger Jahre schon von einem „neuen Konstitutionalismus“. Er meinte damit die rechtlichen Strukturen der neoliberalen Neuordnung von Ökonomie und Gesellschaft auf transnationaler Ebene. Infolge einer zunehmenden Verrechtlichung neoliberaler Dogmen, vor allem durch die Ausdehnung des internationalen Investitionsregimes in tausenden von bilateralen- und regionalen Investitionsabkommen, wird Wirtschafts- und Sozialpolitik der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen.

Der ebenfalls an der *York University* lehrende Jurist Gus van Harten, der in einer statistischen Untersuchung von 140 Investor-Staat-Verfahren auf Seiten der Schiedsrichter eine investorenfreundliche Tendenz belegen konnte, schreibt: »Die ISDS-Schiedsgerichtsbarkeit ist ein bedeutendes legales und institutionelles Stück des neoliberalen Puzzles, denn sie erlegt Regierungen und infolgedessen auch demokratischen Entscheidungen außergewöhnlich mächtige legale und ökonomische Sachzwänge auf. Und sie tut das mit dem Ziel, die Vermögenswerte multinationaler Konzerne vor Regulierung zu schützen.«³²

Transnationalen Konzernen stehen zunehmend mehr Möglichkeiten offen, aus nationalen Rechtsräumen in auf ihre Bedürfnisse der Profitvermehrung zugeschnittene völkerrechtliche Verträge zu flüchten. Die aktuell anvisierten zukünftigen Abkommen wie

³¹ <http://canadians.org/blog/eli-lilly-s-nafta-lawsuit-should-prompt-rethink-investor-rights-deals>

³² Zitiert in: <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/profitfrominjustice.pdf>

CETA, TTIP, TISA, TPP wären ein weiterer Schritt in Richtung einer globalisierten Konzernherrschaft. Denn über kurz oder lang werden mit der schleichenden Privatisierung, nun auch noch relevanter Teile des Rechts, die nationalstaatliche Souveränität, der Rechtsstaat und die Demokratie immer weiter ausgehebelt. NAFTA könnte mit seinem berühmt-berüchtigten Kapitel 11 rückblickend die Blaupause gewesen sein.

Der Transkription zugrunde liegt eine überarbeitete Fassung der Radiosendung

NAFTA – Freihandelsabkommen oder Blaupause des neoliberalen Investitionsregimes

Ein Dossier von Barbara Eisenmann

Eine Produktion des Deutschlandfunks 2014.

http://www.deutschlandfunk.de/nafta-freihandelsabkommen-oder-blaupause-des-neoliberalen.1170.de.html?dram:article_id=299940